



## **Antrag zum Haushalt 2017**

### **Die Kreisumlage für das Haushaltsjahr 2017 wird von 32 % auf 33 % festgelegt**

#### **Begründung:**

Der Kreistag hat sich ursprünglich mit den 23 Gemeinden des Bodenseekreises dahingehend verständigt, dass 5,9 Mio. € Bundesmittel für die Eingliederungshilfe, welche die Gemeinden über die Erhöhung der Umsatzsteueranteile erhalten haben, dem Landkreis zustehen. Von Seiten der Gemeinden wurde laut Landrat Wölfle nie bestritten, „dass dieses Geld dem Landkreis zusteht“ (vgl. S 3, Rede des Landrats). Inzwischen jedoch sind einige Gemeinden von ihrer ursprünglichen Haltung abgerückt. Ebenso der Gemeindetag, der rechtliche Probleme sieht.

Da die 5.9 Mio. € dem Landkreis zustehen, bliebe lediglich die Erhöhung der Kreisumlage um 2,16 %. Gleichzeitig bekommt der Landkreis durch eine erhöhte Pro-Kopf-Zuweisung, die Erhöhung des Soziallastenausgleichs und einer geringeren FAG-Umlage 6,1 Mio. mehr Mittel im Haushalt.

Ohne weitere Mittel wird das Gesamtdefizit im Sozialhaushalt, der ca. 100 Mio. beträgt, nicht durch die Kreisumlage gedeckt. Der Deckungsgrad beträgt 87 %, der Landesdurchschnitt liegt bei einer Deckungsquote über 99 %.

Wichtige Investitionen stehen in den nächsten Jahren an, darunter die längst überfällige Sanierung des Bildungszentrums Markdorf, der Neubau des Landratsamts. Deshalb sind in der Finanzplanung für 2018 35,96 % Kreisumlage und 2019 35,44 % vorgesehen.

Die SPD-Kreistagsfraktion ist der Auffassung, dass eine kontinuierlichere Anpassung der Kreisumlage zur Bewältigung der vielfachen Aufgaben und die Kostendeckung des Sozialhaushalts geboten ist.

Um den Gemeinden entgegen zu kommen, beantragt die SPD-Kreistagsfraktion nicht die Erhöhung der Kreisumlage um 2,16 %, sondern schlägt als Kompromiss lediglich eine Erhöhung um 1 % (2,7 Mio. €) vor.

Friedrichshafen, 08.12.2016

SPD-Kreistagsfraktion